

Länderratsbeschluss vom 06.04.2025

Antragshistorie:

Version 5(05.05.2025)

<https://antraege.gruene.de/1lr25/klar-grun-konstruktiv-auf-dem-weg-in-eine-starke-opposition-11488>

Beschlusstext (Auszüge):

1. Ein starker Wahlkampf

.....

2. Klare, gestaltende und empathische Opposition

.....

3. Mit inhaltlicher Stärke als Antriebskraft

.....

Wir haben im Wahlkampf erfahren, dass es uns nicht auf allen Themenfeldern gelungen ist, bei unseren innerparteilichen Klärungen mit den schnellen Veränderungen der politischen Lage Schritt zu halten. Bei vielen Themen haben wir einen großen Konsens innerhalb unserer Partei, bei anderen haben wir auseinanderlaufende Positionen, die wir bisweilen mit Formelkompromissen verbunden haben. Hier stehen Debatten und Entscheidungen an, die wir in den kommenden Monaten konstruktiv und demokratisch führen wollen. Dazu gehört es für uns, zukunftsweisende Konzepte auszubuchstabieren:

1. Wir geben unserem Leitbild einer "sozial-ökologischen Marktwirtschaft" ein Update

...

2. Wir arbeiten an sozialer Sicherung und Daseinsvorsorge, die für alle funktioniert.

...

3. Wir gestalten Demokratie und Teilhabe für alle Menschen in einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft.

...

4. Wir formulieren eine Außenpolitik in den veränderten geopolitischen Realitäten

...

Unser Grundsatzprogramm bietet die Wertegrundlage für diese Diskussionen.

4. Die Bündnispartei für morgen - unsere Partei zukunftsfähig machen

...

Wir wollen aus dieser Haltung unseren Anspruch als Bündnispartei neu definieren. Dabei greifen wir nicht zuletzt auch auf die politische Traditionen des Bündnis 90 in Ostdeutschland und der Bürger*innenbewegungen, die zur Gründung der Grünen geführt haben, zurück. Wir erwarten nicht,

dass der Staat alle Probleme löst, noch gehen wir davon aus, dass der Markt es schon richten wird. Neben dem demokratischen Staat und dem sozial-ökologischen Markt als definierende Kräfte unserer Gesellschaft zählt für uns maßgeblich eine aktive Bürger*innengesellschaft. Wir haben dabei unsere Partei im Blick und darüber das Land als Ganzes, denn unser Ziel muss es sein, den Einfluss antidemokratischer Parteien und Kräfte zurückzudrängen. **Drei Gedanken** spielen dabei eine wichtige Rolle:

1. Als Erstes gilt es eine Politik zu betreiben, die gesellschaftliche Bündnisse sucht und ermöglicht. Der Angriff der Unionsparteien auf Nichtregierungsorganisationen und Menschen, die sich gemeinsam engagieren, bestärkt uns in unserer klaren Haltung, dass eine starke, unabhängige und breit aufgestellte Zivilgesellschaft das beste Rückgrat für eine starke Demokratie ist – eine Demokratie, in der Menschen zusammenfinden, sich Gehör verschaffen und auf dieser Grundlage Bündnisse schmieden können. Deswegen stehen wir unverrückbar an der Seite der demokratischen Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und Kultur, die unter Druck stehen. Wir brauchen sie neben den Unternehmen, Religionsgemeinschaften, dem organisierten Sport und vielen anderen Akteur*innen, die gemeinsam unsere Demokratie ausmachen und die wir als Partner*innen verstehen. Wir wollen mit all diesen Partner*innen das Gespräch intensivieren und – wo nötig – verlorenes Vertrauen wieder aufbauen.
2. Als Zweites steht der Auftrag, mit einer hohen Glaubwürdigkeit in unseren Kernthemen Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Feminismus, Gleichstellung, Freiheit, Bürger- und Menschenrechte ebenso wie Europa die Verbindung zu unserer Stammwählerschaft zu stärken, uns gleichzeitig aber auch weiter zu öffnen und besonders auf Menschen zuzugehen, die sich von uns bislang nicht oder nicht mehr angesprochen oder inhaltlich vertreten fühlen. Wir wollen auch Menschen überzeugen und für sie wählbar sein, die in einigen Punkten Widerspruch zu unseren Vorstellungen haben. Wir stellen uns an die Seite derer, die vom Erstarken der Rechtsextremen bedroht sind, vor allem migrantische Communities. Ebenso stärken wir diejenigen, die sich aktiv gegen Rechtsextremismus einsetzen. Die Stimmen und Perspektiven von Menschen mit Diskriminierungserfahrung sind dabei richtungsweisend für unser Handeln. Wir werden Rassismus und Diskriminierung entschieden entgegentreten und Menschenrechte in das Zentrum unserer Politik stellen, denn Menschenrechte sind unteilbar. Wir halten Kritik aus und stellen uns ihr – das unterscheidet uns von anderen. Dazu wollen wir aber auch dezidiert dort sichtbar, hörbar und ansprechbar werden, wo wir dies bislang noch nicht ausreichend sind – und wo uns anfangs auch ein harter Wind der Ablehnung entgegenweht. Glaubwürdig wird dieser Anspruch nur, wenn wir bereit sind, andere Perspektiven ernstzunehmen, zu verstehen, warum uns Menschen kritisch sehen – und was wir tun müssen, um Vertrauen zurückzugewinnen.
3. Als Drittes kommt dazu heute mehr denn je die europäische und internationale Dimension des Bündnisgedankens. Wir sind die Partei, die für ein Vereintes Europa eintritt und darüber hinaus für eine Weltordnung der Kooperation und des Rechts statt der Konfrontation und der Logik der Gewalt. Das spiegelt sich in unserer Politik wider: Es muss aber auch vermehrt Teil unserer Parteikultur werden. Denn wenn sich die antidemokratischen, isolationistischen Akteur*innen international aufstellen, müssen wir dies um so mehr tun. Mit einem sehr europäisch orientierten Bundestagswahlkampf haben wir hier wichtige Schritte getan. Wir intensivieren jetzt unser Engagement für unsere Grüne europäische Parteienfamilie EGP, aber stärken auch jenseits davon unsere Verbindungen zu politischen und gesellschaftlichen Akteur*innen in Europa und darüber hinaus. Auch in Europa kommt es darauf an, die unterschiedlichen Bedingungen in den Mitgliedstaaten anzuerkennen und

daraus Gemeinsamkeit zu entwickeln. In Berlin ist unser Anspruch die europäischste Opposition zu werden, die es bisher in deutschen Politik gab. Wenn die Bundesregierung in Brüssel die Stärkung Europas bremst oder den Green Deal rückabwickeln will, werden wir das in Berlin konsequent zum Thema machen. Gleiches gilt auch für die Schwächung der internationalen Zusammenarbeit.

.....

5. Die wachsende Partei gemeinsam gestalten

Wir wollen uns als gewachsene Mitgliederpartei in unseren Strukturen erneuern. Eine moderne Mitgliederpartei muss vielfältige Möglichkeiten für Engagement, Beteiligung und Mitbestimmung geben. Sie muss zugleich eine Plattform bieten, die Mitgliedern, aber auch Interessierten die Möglichkeit gibt, eigene Ideen und Formate einzubringen und umzusetzen. Ihre Verfahren müssen demokratisch und das heißt nicht zuletzt fair, transparent und zugänglich sein. Sie müssen den gewandelten gesellschaftlichen und technischen Gegebenheiten Rechnung tragen. Auch das gehört zur Verantwortung einer demokratischen Partei angesichts antidemokratischer Tendenzen: Dass sie jenseits der Parlamente und Regierungen präsent, ansprechbar und wirkungsvoll ist. Dass sie zugleich in der politischen Auseinandersetzung schlagkräftig und sichtbar ist.

Dafür brauchen wir starke, agile und handlungsfähige Gremien, vom Ortsverband über LAGen und BAGen bis hin zur Bundespartei als Teil der Grünen europäischen Parteienfamilie. Dazu gehört gerade auch der Ausbau der Koordination zwischen Bundesverband und Landesverbänden, um unsere Kräfte gemeinsam und zielgerichtet einzusetzen. Dafür brauchen wir zugleich Mitmach-, Gesprächs- und Kampagnenformate jenseits der Gremien – mit neuen, vielfach digitalen Möglichkeiten der Beteiligung. Wir haben 160.000 Mitglieder – und ihre Unterstützung brauchen wir in Kampagnen, bei der Mobilisierung und in der Bündnisarbeit. Wir wollen eine Partei für Menschen in vielfältigen Lebenssituationen sein, und auch Beteiligungsangebote für diejenigen schaffen, die nicht über ausreichend Zeit und Ressourcen für Gremienarbeit verfügen.

Für die notwendigen Strukturreformen ernannt der Bundesvorstand eine Satzungskommission mit vielfältigen Vertreter*innen aus unterschiedlichen Bereichen der Partei, die sowohl Mandatsträger*innen, als auch ehrenamtliche Mitglieder unserer Partei umfasst. Sie soll Vorschläge erarbeiten, ob und welche Änderungen an der Satzung und den parteiinternen Verfahren notwendig sind, damit die Partei in ihrer Organisation, Beteiligung und Mitgliederpartizipation den gewachsenen Anforderungen und der gestiegenen Mitgliederzahl gerecht werden kann. Der Bundesvorstand soll hierzu gemeinsam mit der Satzungskommission Diskussionsformate für die Parteimitglieder organisieren. Bei der Besetzung der Kommission und der Arbeit dieser behalten wir stets das Vielfalts- und Frauenstatut im Blick und wirken auf die weitere Verankerung intersektional feministischer Werte und Praktiken hin. Denn feministische Prinzipien leiten nicht nur unsere Politik, sondern auch unsere Organisation. Es gilt zudem, unsere Jugendorganisation, die Grüne Jugend, wieder stärker in die Partei zu integrieren und die Stimme der jungen Menschen in unserer Partei ernst zu nehmen.

Der Vorstand entwickelt zusätzlich mit der Initiative "Mitglieder treiben Innovation" strategisch Formate, Strukturen und Instrumente, um die Potenziale nutzen zu können, die unsere gewachsene Partei mit über 160.000 Mitgliedern, einer starken kommunalen Verankerung und wachsender Bedeutung in der gesellschaftlichen Debatte bietet.

Die Weiterentwicklung erfolgt entlang von drei zentralen Handlungsfeldern:

1. **Beteiligung & Dialog:** Wir wollen unsere Beteiligungsformate analog wie digital stärken und weiterentwickeln. Auch in einer großen Partei braucht es direkte Mitgestaltung, niedrigschwellige Zugänge und einen besseren Austausch zwischen Basis, Mandatsträger*innen und Partei. Dafür schaffen wir Debattenräume jenseits der Parteitage – offen für alle Ebenen. So ermöglichen wir inhaltliche Diskussionen, stärken Beteiligung und fördern den lebendigen Austausch in der Partei.
2. **Kampagne & Kommunikation:** Wir verfügen über viele engagierte Mitglieder und professionelle Kampagnenarbeit. Um aktuellen Anforderungen gerecht zu werden, wollen wir die Kampagnenfähigkeit der Partei weiter stärken – auch jenseits klassischer Wahlkampfphasen. Dafür sollen neue Kommunikationsformate entstehen, die unsere Themen sichtbar machen und Mitglieder befähigen, selbst aktiv zu werden.
3. **Innovation & Initiative:** In der Partei existiert bereits eine hohe Innovationskraft. Diese wollen wir stärker sichtbar machen, bündeln und gezielt fördern. Digitale Tools, Plattformen, kreative Beteiligungsformate und konkrete Projekte aus der Mitgliedschaft sollen identifiziert, weiterentwickelt und in die Parteiarbeit integriert werden.

Damit diese Strukturen zum Erfolg führen können, muss die Partei so vielfältig sein, wie das Land, das sie vertritt. Wir richten das Augenmerk auf zwei besondere Herausforderungen.

1. Vielfalt ist unsere Stärke – in der Partei wie in der Gesellschaft. Über die Hälfte unserer Gesellschaft ist weiblich. Ein Drittel der Menschen in Deutschland ist über 60, 28 Prozent der Menschen haben eine Behinderung und ein Drittel hat eine Migrationsgeschichte. Die Realität ist vielfältig – nach Herkunft, Ausbildung und Beruf, Alter, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität, Lebensort, finanziellem Hintergrund oder Behinderung. Und doch sind Menschen, die nicht binär sind oder trans, in unserer Gesellschaft noch immer kaum sichtbar – und erfahren verstärkt Diskriminierung.

Unser Ziel ist es, dass sich diese Vielfalt gemäß ihrem Anteil an der Bevölkerung auch in unserer Partei und auf allen Ebenen widerspiegelt. Dafür packen wir es an, unsere Strukturen inklusiver zu gestalten und diskriminierende Hürden konsequent abzubauen, damit Mitgestaltung sichergestellt ist. Gleichberechtigte Teilhabe und Schutz vor Diskriminierung sind Grundrechte – sie stehen niemals zur Debatte und dürfen nicht verletzt werden.

Unser Vielfaltsstatut zeigt: Wir sind die einzige Partei, die Vielfalt strukturell verankert hat – weil politische Teilhabe kein Zufall sein darf. Dank dieser Strukturen stellen wir heute die Fraktion mit dem höchsten Anteil an Abgeordneten mit Migrationsgeschichte. Doch das reicht uns nicht. Wir haben viel erreicht – und noch einiges vor uns, um die Repräsentation all jener zu erreichen, die in unserer Gesellschaft immer noch benachteiligt oder übersehen werden. Diese Verantwortung nehmen wir ernst. Denn eine gerechte, vielfältige Demokratie lebt davon, dass alle mitgestalten können. Wer Perspektiven ernst nimmt und aktiv einbindet, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Inklusives Denken und Diversitätskompetenz gehören heute zu echter Führungsfähigkeit. Diese Kompetenz werden wir weiter stärken und gezielt fördern.

2. Ein nachhaltiges Wachstum grüner Politik hat im Osten größere Widerstände als in allen anderen Regionen und macht Bündnisgrüne Politik vor Ort schwierig. Gerade deswegen braucht es eine kontinuierliche Unterstützung der Arbeit der aktiven Grünen in der Fläche durch Landes- und Bundesebene, eine Vernetzung grüner Akteur*innen untereinander und in die Breite der Gesellschaft und eine klare gemeinsame Strategie, in der Themen in und für Ostdeutschland gebündelt sowie die

Entwicklung und Unterstützung der Strukturen und die Verbesserung der Sichtbarkeit von Ostperspektiven in der politischen Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiterentwickelt werden. Dazu wird der Bundesvorstand in Abstimmung mit Bundestagsfraktion, Ländern und Europa ab diesem Frühsommer die Präsenz vor Ort in ostdeutschen Kreisverbänden zu einem Schwerpunkt machen. Den Kreisverbänden werden dazu Veranstaltungspakete zur Verfügung gestellt, um sie bei der Vorbereitung zu entlasten. Wir entwickeln die "Ostrunde" der grünen Landesvorsitzenden und Abgeordneten zu einem permanenten Beratungsgremium weiter, das regelmäßig mit dem Bundesvorstand, führenden ostdeutschen Politiker*innen, lokalen Akteur*innen und externen Expert*innen zusammenarbeitet. Der Bundesvorstand bereitet bis Ende Juni mit den Landesvorständen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt unter Einbeziehung der Bundesgeschäftsstelle ein Konzept vor, welche Unterstützung der Bundesverband bei der Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahlen leisten kann.

Im Herbst 2025 veranstaltet der Bundesverband im Osten ein hybrides Event für die Gesamtpartei mit dem Schwerpunkt Osten. Aufbauend auf den Erfahrungen der letzten beiden Ostkongresse sollen Debatten und Vernetzung für Ostdeutschland gebündelt und mit diesem Event weitergeführt werden. Ziel ist u.a. die Ermutigung und Vernetzung grüner und grün-naher Akteur*innen in und für Ostdeutschland. Jenseits von Ostalgie oder Folklore soll an einer wertschätzenden und realistischen Perspektive auf den Osten gearbeitet werden. Neben Workshops und Trainings für Mitglieder sollen Diskussionsformate zu den inhaltlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen wie dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, der wirtschaftlichen Transformation und bestehender Ungerechtigkeiten im Mittelpunkt stehen. Der Ostkongress soll im Nachgang ausgewertet und wenn erfolgreich verstetigt werden.

Unser Ziel ist eine bessere Repräsentanz und Sichtbarkeit ostdeutscher Biografien. Dafür greifen wir auf die im Vielfaltsstatut verankerten Instrumente zur Stärkung von Mitgliedern durch Empowerment-Strategien und Förderprogramme zurück. Unser Ziel ist es, sie gezielt zu ermutigen und zu befähigen, im Osten als grüne Politiker*innen sichtbar und wirksam zu werden.

Gemeinsam mit den Ost-Landesverbänden wird ein Konzept erstellt und zeitnah umgesetzt, um politischen Perspektiven aus strukturschwachen Regionen in sozialen Medien und die Präsenz ostdeutscher Themen in der Medienarbeit der Bundesgeschäftsstelle gezielt zu erhöhen. Wir bauen unsere Fähigkeiten und Instrumente aus, um eine vielfältige Öffentlichkeit jenseits einschlägiger grüner Blasen zu erreichen. Dem Einfluss antidemokratischer Kräfte werden wir eine konstruktive Politik mit verständlichen, alltagsnahen und wirksamen Alternativen entgegensetzen.

Die Fundraising-Abteilung der Bundesgeschäftsstelle wird 2025 weiterentwickelt, um die Eigenmittel der ostdeutschen Landesverbände gezielt auszubauen.

Die Vorschläge und Empfehlungen aller Gliederungsebenen und Akteur*innen sollen gebündelt und in Bezug auf ihre politische Wirksamkeit und die nötigen Voraussetzungen unteretzt werden. Die Maßnahmen sollen mit den bestehenden Prozessen wie dem Strukturprozess und der Neuordnung der parteiinternen Finanzierungsstrukturen zusammengeführt werden. Die Wirkung der ergriffenen Maßnahmen bewerten wir, um Erfolgreiches zu verstetigen und weitere Verbesserungsmöglichkeiten zu identifizieren.